Pressemitteilung 23. November 2021

Vorschläge der ÖDP Brandenburg zur Landesforstreform 2022

Gegenwärtig entzünden sich die Diskussionen um die zukünftige Landesforstreform des Landes an einem Gutachten der BSL Managementberatung Mainz zur Durchführung der Forstreform. Diese Gutachten unterliegt der heftigen Kritik des Bund Deutscher Forstleute (BDF) die den Abgeordneten des Landtags im Mai ihre "Stellungnahme zur Evaluation des Landesbetriebs Forst Brandenburg durch BSL Managementberatung GmbH vom 19.3.2021" übergaben.



Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Brandenburg

> Gartenstraße 2 16798 Fürstenberg/Havel

info@oedp-brandenburg.de www.oedp-brandenburg.de www.facebook.com/oedp.brandenburg

Die ÖDP Brandenburg schließt sich der Kritik des BDF an und bedauert die vertane Chance, den wissenschaftlich prognostizierten Klimawandel in seinen Auswirkungen auf das Ökosystem Brandenburger Wald, nicht zum Ansatz einer zukunftsweisenden Forstverwaltungsreform gemacht zu haben. Es entsteht der Eindruck, als ob aus den verfehlten Reformen der Vergangenheit nichts gelernt wurde. Schon mehrfach, seit den 90er Jahren standen alle bisher durchgeführten Forstreformen unter dem Spannungsbogen von Hoheit und Betrieb, in dessen Folge stets so viel Personal freigesetzt wurde, dass die Qualität der Forstarbeit immer mehr hinter den Erfordernissen ökologi-

scher Waldwirtschaft zurückblieb und einen - in immer größeren Teilen sterbenden Wald - zurückließ.

Daraus hatte man nichts gelernt. 2016 forderte die Landesregierung die Auflösung der Oberförstereien. Diese sollte mit der Auflösung des Landesforstbetriebs einhergehen. Landräte sollten über das Schicksal der Wälder entscheiden. Damit hätte Brandenburg auf seine landeshoheitliche Aufgabe den Wald in seiner ganzheitlichen Funktionalität als Ökosystem zu schützen und zu bewahren, verzichtet. Es hätte zumindest auch seine landespolitischen Mittel, ihn als Instrument im Kampf gegen den Klimawandel zu nutzen und zu entwickeln, geschwächt.

Und obwohl der Zusammenhang zwischen Waldflächen, Böden, Grundwasserneubildung, zunehmender Trockenheit, durch Wasserknappheit sterbende Wälder und zunehmenden Wasserbedarf durch Industrielandschaften (TESLA), Landwirtschaft, Bevölkerungswachstum, Bauvorhaben und Bergbau nicht zu übersehen sind und diese mit dem Klimawandel einhergehen, scheint die Landesregierung mit Festhalten am Gutachten und seinen einseitig betriebswirtschaftlichen Ansatz der Kostenminimierung von ihren Fehlern aus der Vergangenheit nichts gelernt und den Klimawandel nicht begriffen zu haben.

Die ÖDP schlägt deshalb vor,

- den mit dem Klimawandel veränderten Schutzbedarf für Mensch, Natur und Biodiversität aus dem derzeit geschädigten Ökosystem Wald lokal heraus zu ermitteln und seiner zunehmenden Wahrscheinlichkeit für Waldbrände, verheerende Wetterereignissen, Emissionsverhalten und Biodiversitätsveränderungen, seiner Durchfeuchtung und Bodenveränderungen zu analysieren, daraus prognostische Aufgaben das Waldumbaus zu erfassen und auf dieser Grundlage einen Handlungsbedarf für Risikofürsorge und Waldschutz zu ermitteln und personell zu untersetzen.
- Daraus ergeben sich Anforderungen an ein verstärktes Monitoring, das nur unter Einbeziehung der Naturschutzverbände, Interessengemeinschaften und freiwilligen Helfern gelingen kann, an die Forschung und Forschungsüberleitung und letztendlich an den Personalbedarf in Forstämtern und Forstverwaltungen.
- Der Waldumbau kann nur in wissenschaftlicher Begleitung, Schulung der privaten Waldeigentümer, mit tragfähigen ökologischen und innovativen waldwirtschaftlichen Ansätzen für Waldbauern und Tierhaltern einhergehen und bedarf deshalb ein Waldbauliches Leitbild für den Landeswald.

- Monitoring, Ökologische Beratung und Waldumbau erfordern die verstärkte Qualifizierung aller Gesellschaftsmitglieder, vom Schüler bis zum Träger öffentlicher Belange (TÖB). Die anerkannten Naturschutzverbände sollten als TÖB anerkannt und in Monitoring und Weiterbildung einbezogen werden.
- Der Anteil der Fläche des Waldumbaus sollte in fortzuschreibenden Jahreszielstellungen, beginnend mit wenigstens 12 Prozent mit Jahr des Inkrafttretens, gesteigert werden, um auf Waldklima und Biodiversität positiv Einfluss nehmen zu können. Der 10-Hektar-Erlass ist zu streichen. Der Waldumbau für den Landeswald und alle kommunalen Wälder ist nach deutschem PSC-Standard zu zertifizieren und zu fördern. Die Förderung nach PEFC-Siegel hat sich als nicht zweckmäßig erwiesen und sollte auslaufen.
- Diese vielfältigen Mehraufgaben setzen die Stärkung der Forstbetriebe und Forstverwaltungen voraus. Es ist für uns unglaubwürdig mit einer gesunkenen Anzahl von Forstämtern, Forstarbeitern und Revierreduzierungen einen klimatüchtigen Wald bewirtschaften zu können. Die ÖDP schließt sich der Forderung des BDF nach 18 Forstämtern an und schlägt eine Personalentwicklungskonzeption zur Lösung der "gesellschaftlichen Gesamtaufgabe Wald" als Bestandteil der Beschlussvorlage vor.
- Die ÖDP hält die Trennung von Hoheit und Betrieb für kontraproduktiv. Wir schlagen stattdessen eine "ganzheitliche Gemeinschaftsforstverwaltung" vor. Diese soll sollte Ergebnisse wissenschaftliche Wald- und Klimaforschung (wie von Thünen-Institut, HNEE, UBA PIK und anderen), in eine überleitende Verwaltungseinrichtung der Forstwirtschaft, in die Forstpraxis machen und diese bis in die Weiterbildung und Waldschulpraxis transformieren. In dieser überleitenden Rolle sehen wir die Landesforstanstalt Eberswalde (LFE).
- Die Rolle des LFE ist zu stärken. Seine bedarfsgerechte Finanzierung sollte genannt und festgeschrieben werden. Quellen der Finanzierung sind Zuwendungen aus dem Landeshaushalt, Zuführungen aus dem Klimafonds und eigene Erlöse. Eine Quelle könnte die Gutschrift von CO2-Äquivalenten sein. Weiter sehen wir Erträge aus Forschungsüberleitungen von Ökosystemdienstleistungen, der Überleitung von Mykorrhiza- und Symbiose-Forschung, der Wiedervernässung von Waldböden, der Waldboden- und Gewässersanierung, der ökologischen Waldtierhaltung, der Stärkung der Biodiversität und Gefahrenabwehr aus Totwäldern und Schadstoffbelasteten Böden, sowie aus wirtschaftlicher und ökologischer Beratung bei Fördermittelanträgen und Waldnutzungskonzepte privater Waldbesitzer.
- Der Erhalt des Landesforstes in seiner gegenwärtigen Größe von etwa 300.000 ha sollte als Postulat in die Landesforstreform aufgenommen werden.

Die ÖDP schlägt ein ökologisch-ganzheitliches Gegengutachten vor, das über einen interdisziplinären Klimaansatz forstwirtschaftliche Strategien zur Grundlage der Landesforstreform macht und durch ein Netzwerk unter Federführung das LFE entstehen sollte.

Pressekontakt:

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Landesverband Brandenburg

-Landespressestelle-Gartenstraße 2 16798 Fürstenberg

E-Mail: presse@oedp-brandenburg.de **Internet:** www.oedp-brandenburg.de

Ansprechpartner: Thomas Löb - thomas.loeb@oedp.de

V.i.S.d.P.: Thomas Löb **Foto**: ÖDP Brandenburg

Originalmeldung unter:

https://www.oedp-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/01-instanzen/01/020-Aktuelles/050-Themen/020-Botanik Wald/2021 11 23 Pressemitteilung Vorschlag Landesforstreform.pdf

Pressemitteilungen:

www.oedp-brandenburg.de/aktuelles/pressemitteilungen

Medienspiegel:

www.oedp-brandenburg.de/service/medienspiegel

Link zum Programm der ÖDP:

www.oedp.de/programm/bundesprogramm

Wer wir sind:

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) wurde 1982 als Bundespartei gegründet. Die ÖDP hat derzeit bundesweit über 8000 Mitglieder und über 530 Mandatsträger auf der Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene, ist in Bezirkstagen vertreten, stellt Bürgermeister und stellv. Landräte und ist seit 2014 auch im Europaparlament vertreten, aktuell mit der Juristin Manuela Ripa aus Saarbrücken. **Damit zählt die ÖDP zu den zehn größten Parteien Deutschlands.**

Kernkompetenzen der ÖDP sind Klimaschutz, Artenschutz, Familienpolitik, Gemeinwohl-Ökonomie und Abkehr vom Wachstumswahn. Als erste Partei in Deutschland verzichtet die ÖDP bereits seit ihrer Gründung 1982 vollständig auf Konzernspenden. Damit will die ÖDP jedwedem Lobbyismus, der Korruption und Beeinflussung vorbeugen; denn nur so kann sie für unabhängige mutige Politikkonzepte einstehen. Die bislang größten Erfolge der ÖDP waren ihre Volksbegehren. Mit "Rettet die Bienen" und der Einführung des Nichtraucherschutzes konnte sie wichtige Anliegen für den Schutz von Umwelt und Gesundheit durchsetzen.

Datenschutzhinweis:

Die Mail-Adresse wird lediglich im Presseverteiler der ÖDP Brandenburg gespeichert. Diese Mail-Adresse findet ausschließlich Verwendung zum Versand von Pressemitteilungen. Eine Weitergabe erfolgt nicht. Sie können jederzeit deren Löschung verlangen. Senden Sie hierzu bitte eine Mail an: presse@oedp-brandenburg.de

Datenschutzerklärung sowie Impressum zur Website finden Sie hier:

https://www.oedp-brandenburg.de/impressum

www.oedp.de/service/datenschutz

Mail: presse@oedp-brandenburg.de